

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei postmöglicher
7. Umschlag 70 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk.,
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Richtig-
stellungen angenommen. Im
amtlich, Zeitungsgewerbe unter
Einkaufspreisen eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Mon-
atshefte wird keine Gewähr über-
nommen. Rücksendung nur mit der
Zustellungsgebühr. Halle, den 20. Ok-
tober 1920. Nr. 1133
u. 7411, der Bezugs-Abtdg. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Volke-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-
meter breite oder deren Raum 40 Pf.,
für 10 Zeilen 40 Pf., Restlinien
die 20 mm breite Millimeterweite
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Ergänzungsblätter. Erstausgabe:
6.11.20. Erstausgabe 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 10. Dr. Braunsstr. 17.
Halle, Geschäftsstellen: Große
Ulrichstr. 22 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4004

Nr. 491.

Halle, Mittwoch, den 20. Oktober 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Minister Gehler über die politische Lage.

Am Sonntag sprach in Magdeburg im Zirkusgebäude Reichswehrminister Dr. Gehler über die politische Lage. Niemals in der deutschen Geschichte, so äußerte der Minister aus, haben sich die politischen Fragen in einem so immens wachsenden Ausmaß gestellt wie augenblicklich. Darin liegt die Gefahr, daß wir den gigantischen Aufgaben, denen wir gegenüberstehen, gewaltlos erliegen. Trotz der 14 Punkte Wilsons machen uns die Dammbrüche des Friedens. Wir reden uns vor: ein Sechzigmillionenvolk kann nicht zugrunde gehen. Jawohl, es kann zugrunde gehen, und wir sind auf dem Wege dazu. Nur die nationale Einheit ist uns vorläufig noch erhalten geblieben. Das heißt Frankreich als Gefahr auf und verleiht sie zu vernichten. Es ist eine Illusion, daß England oder Afrika uns helfen werden. Diese Staaten haben andere Sorgen, als sich um das Wohlergehen Deutschlands zu kümmern. Wir haben allein die Gefahr des Einmüßigen der Franzosen in das Ruhrgebiet ist noch nicht vorüber; sie liegt wie ein Alpdruck auf Deutschland. Kommt es zu einer fremden Besetzung im Ruhrgebiet, so ist die deutsche Einheit verloren. Die Kosten werden dann nach Westen und Süden abgezogen, weil man hofft, daß dann Norddeutschland aufzukommen wird. Es ist falsch, wenn gelagt wird, die Weltmächte fürchten den Bolschewismus; er ist nach internationaler Auffassung eine Krankheit der besetzten Völker und ein Exportartikel. Deutschland, der am Rhein aufgesaht werden kann. Der Minister sprach dann über seine enger Heimat Saargebiet und betont dessen politische Bedeutung. Allerdings wird Bayern ebenfalls wie ganz Süddeutschland die übertriebenen Großstadtphantasien nicht mitmachen. Die große Internationale hat in Brüssel keinen Boden gefunden, das Welt-Parlament zu lösen, und der große Weltkongress in Amerika hat erklärt, er könne nicht helfen, wir müßten es selbst tun. Die Tagungen der sozialdemokratischen Partei seien die Spaltungen in der Arbeiterklasse. Nachdem sich der Minister gegen die verlorne Forderung der Dieselmotoren ausgesprochen hat, sprach er von der Notwendigkeit, die Einheit des Reiches zu erhalten. Die Zerrissenheit das Ende des Völkchen Volks bedeuten würde. Wenn wir uns auflösen, wird der Verlust gemacht werden, aus den einzelnen Teilen noch mehr herauszutrennen. An Stelle der führenden Macht Preußen ist der Wille des ganzen deutschen Volkes zu treten, mit ihm aber auch das Ergebnis. Wenn es nicht geht, denkt lieber erst an sich. Es ist beinahe lo, als wenn es für den Deutschen keinen schlimmeren Feind gäbe als den Russen. Auf einen Ruf erklärt der Minister, daß die Arbeiter in Bayern wohl imstande sind, die Ordnung zu erhalten. Es darf nicht alles aus dem Horizont der ersten Seite betrachtet werden. So kann spricht der Minister einsehend über die Sozialfrage und fragt: Alle sozialistischen Betriebe sind sozialistisch, werden, die den Weg der Sozialisierung nicht empfinden. Wir werden das Herz der staatlichen Anstalten nicht aufrechtstellen können. Aber die Sozialisierung des Betriebs wird die Lösung der Sozialfrage demnach die Lösung zugehen lassen. Die Zwangsmaßnahmen wurde eine Idee, die zur Demoralisation des Volkes beizutragen hat. Deshalb konnte sie nicht mehr aufrechterhalten werden. Ein Fehler, das mit dem Bolschewismus nicht vereinbar ist, kann nicht helfen. Der Minister bezeichnet die Aufgaben über die nächsten Tage. Er sieht die Krisenphase, die Arbeit und Wirtschaft, die die Krise. Ein Krisenphase kann so lange keine Krise sein, als die meisten Geschäftskrisen in Ordnung sind. Die gegenwärtige Krise ist eine Arbeiterkrisenregierung. Aus der Verwirrung des letzten Weltkrieges erhebt sich die parteipolitische Situation, die es verhindert, daß die deutsche Regierung eine gute Politik machen kann. Die Politik des Totalitarismus ist nicht gehen. Mehr Ernst gehört in das deutsche Volk. Der Winter wird hart, das Frühjahr schwer. Ein Wille muß uns einigen, Deutschland zu retten.

Bolschewistische Wahlfreiheit.

Echon vor einigen Wochen hat der unabhängige Reichstagsabg. Dittmann auf Grund seiner Erfahrungen beim Besuch in Moskau mitgeteilt, daß in Rußland heute un-er der Herrschaft der Bolschewisten von einer Freiheit der Wähler im die Rede sein kann, schon weil sie öffentlich ist. Soeben ist zum Parteitag der Unabhängigen in Halle der Führer der russischen Bolschewisten Marlow nach Deutschland gekommen und hat nicht nur auf dem Parteitag, sondern auch gegenüber einem Mitarbeiter der "Freiheit" überaus bezeichnende Mitteilungen über die Zustände in Rußland gemacht. Die "Freiheit" vom 17. Oktober berichtet darüber: Die Wahlen in den Sowjet finden in den Betrieben öffentlich statt und stehen unter einem starken terroristischen Druck der Bolschewisten. Marlow ist von einer gewissen Freiheit gewohnt, in der er beschließt, daß die Kommunisten haben ihm die Gegenständlichen Lenin gegenüber übergeben, der aber nur 8 Stimmen gegenüber den 76 für Marlow abgegeben erhielt. Hierauf wurde auf Grund einer Mitteilung von Arbeitern, die erklärten, sie hätten nicht gewollt, darum es sich bei der Wahl gehandelt habe, ein neues Wahlverfahren angeordnet. Es sollte sich heraus, daß die Freiheit unter der Dohung stehende gekommen war, dem Betriebe das Holz zu entnehmen und ihn für die Stillelegung zu zwingen. Da aber

höchstlich den Arbeitern und Arbeiterinnen klar gemacht werden konnte, daß eine Stillelegung nicht möglich sei, da diese Fabrik so ziemlich die einzige ist, die noch einige Medizinaler herstellt, wurde Marlow mit dem alten Stimmverhältnis abgefunden. Schlimmer erging es einem anderen Menschlein, dem Genossen Abramowitsch. Der hatte in einer Begrüßungsansprache an die englische Delegation Bemerkungen gemacht, die von der Sowjetregierung als höchst feindselig empfunden wurden. Die Folge war, daß den Arbeitern der Fabrik, die ihn gewählt hatten, von dem Gewerkschaftsrat die Rufe entzogen wurden, daß die Arbeit, er wie es ihr gutes Recht war, die Rufe aus dem Fabrikmitteln beschafft wurden, um Milch für ihre Kinder zu erhalten. Als durch eine Neuaufstellung abberufen wurde, erhielt die Fabrik ihre Rufe zurück.

Neue bolschewistische Niederlage.

Das hiesige ukrainische Pressebüro meldet aus Kameny-Podolsk vom 15. Oktober: Der linke Flügel des ukrainischen Heres, der in der Gegen von Staro-Konstantinow-Chwibid-Schmyrnya steht, wurde von sechs feindseligen Infanteries- und zwei Kavallerie-Brigaden, zusammen gegen 25.000 Mann, angegriffen. Die Bolschewisten, die an mehreren Stellen vertrieben, die Flüsse Sinc und Bug zu überqueren, wurden mit schweren Verlusten für den Feind niedergeschlagen. Wieweil Schmyrnya wurde eine Heiterung von 2000 Mann vollständig aufgegeben. Zwischen Kameny-Podolsk und Nowa-Ukhnja fanden Kämpfe von lokaler Bedeutung statt. Das ukrainische Kommando bereitet sich auf mehrere Angriffe vor, da man erachtet hat, daß in den Gegenden zwischen Staro-Konstantinow-Verbitshyn und weiter nach Norden bei Schmyrnya Zusammenstöße feindseliger Truppen stattfinden.

Generalstabbericht der polnischen Armee vom 18. 10.: Unsere Truppen bekämpfen die Waffenstillstandslinien, in Wolhynien und Podolien waren unsere Abteilungen den Feind zurück, der seine Stellungen unter Erweiterung wollte und bestiegen Wlhopol-Trespol-Nowo-Konstantinow.

Der polnisch-litauische Konflikt.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundes am 20. Oktober steht die Frage des Konflikts zwischen Polen und Litauen. Der Völkerbundsrat hat beide Länder ein Vertreter zu entsenden. Die Tagesordnung umschließt ferner die Frage der Ablandensineln, Bildung einer Kommission, die mit der Regelung dieser Frage beauftragt wird, weiter die Besprechungen zur Völkerparlament am 15. November in Genf stattfinden und endlich die Frage des Kohlenmonopols, die von Italien aufgerufen wurde.

Neue Kalkmeldung Bonnens.

Am "Echo de Paris" hat der französische Journalist Bonneson einen Artikel über Oberösterreich veröffentlicht, worin er ein Dokument, enthaltend eine Gewalt erlitten in Oberösterreich tätigen internationalen Gewerkschaften, mitgeteilt hat, das angeblich im Ministerium in Berlin verfaßt worden sei. Hierzu wird nun zukünftiger Stelle mitgeteilt, daß weder im Reichskabinett noch im preussischen Staatsministerium ein Dokument ähnlichen Inhalts jemals vorgelegen hat oder zur Besprechung gekommen ist.

Vom englischen Kohlenstreik.

Harold Wilson erklärte gestern, daß infolge des Kohlenstreiks in England bereits Tausende von Seel- und Arbeitslosen gemeldet seien. "Telegraph" meldet aus London: Der Kohlenstreik ist allgemein. Mit Ausnahme der ärmsten Arbeiter arbeiten zur Ventilation und zur Entwässerung der Gruben ruht der Betrieb auf allen Kohlenbergwerken vollständig.

Oesterreich und die Entente.

Wie "Echo de Paris" mitteilt, habe die Völkerbundeskonferenz die Regierung in Wien wissen lassen, daß die alliierten Mächte das Ergebnis der Volksabstimmung von Klagen zurückrespektieren werden, die Großmächte respektieren aber andererseits darauf, daß Wien die Bestände von Verlaufs- und St. Germain nicht verleihe, die einen Anschlag Oesterreichs an Deutschland ohne vorherige Genehmigung des Völkerbundes verleihe.

Der neue Nationalrat Oesterreichs.

Zu den Wahlen in die Nationalversammlung ist zu bemerken: Die Parteien haben folgende Stärke: Christlichsozial 78 (plus 14), Sozialdemokraten 69 (minus 6), Großdeutsche und Bauernverbände 18 (minus 6), Bürgerliche Arbeiterpartei 1 (0). Bereits in den nächsten Tagen beginnen die Verhandlungen wegen der Bildung der neuen Regierung und wegen des Präsidiums der Nationalversammlung. Es bestehen in diesen Punkten große Differenzen. Die Christlichsozialen nehmen drei Plätze für sich in Anspruch, als erste den Posten des Staatskanzlers, dann den des Auswärtigen Amtes, und den des Seeretzlers. Für den Posten des Staatskanzlers werden

von den Christlichsozialen folgende Männer genannt: Staatsrat Dr. Maier, der ehemalige Bürgermeister von Wien und Abgeordneter Dr. Weiskirchner und der österreichische Vertreter auf den Friedensverhandlungen in St. Germain Universitätsprofessor Dr. Gurtler (Gra). Die Nationalversammlung dürfte in drei bis vier Wochen zusammentreten, worauf die alte Regierung ihre Demission einreichen wird. Nach dem Ausgang der Wahlen kann für den Bundespräsidenten nur eine neutrale Persönlichkeit in Betracht kommen. Man glaubt, daß der ehemalige Finanzminister Dr. Karl Klein oder der frühere Justizminister Dr. Max Watzmair am ehesten in Betracht kommen dürfte. Sollten jedoch die Christlichsozialen darauf bestehen, daß die Staatssekretariate von Parteilosem besetzt werden sollen, dann dürfte als Präsident einer der erstgenannten drei Christlichsozialen, als Vizepräsident der ehemalige Präsident der Nationalversammlung Karl Seitz und als zweiter Vizepräsident der katholische Abgeordnete Dr. Dinghofer in Betracht kommen.

Neue Zusammenstöße in Italien.

Der "Maffegaro" berichtet aus Mailand: Der Anarchistenführer Malatesta habe, bevor er nach Mailand kam, an einer Versammlung in Bologna teilgenommen, die zu einem früheren Zusammenstoß der Revolutionären und der öffentlichen Macht geführt habe. Gegenüber einem Vertreter der Presse erklärte der Unterführerführer in Mailand, die letzten ersten Versammlung seien die Frucht einer neuerlichen Propaganda des Salles und der Gewalttätigkeiten. Die Aufregung durch die "Umanita Nuova" und durch die Weber-Mafia habe gehörig zu dieser gefährlichen Propaganda, deren Kundgebungen von verbrecherischen Anschlägen begleitet wurden. Es sei notwendig, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Deshalb habe er es für seine Pflicht gehalten, die Verhältnisse vorzunehmen und gegen die Führer der ersten Versammlung, welcher Partei sie auch angehören, die öffentliche Anklage einzulegen. Nach dem "Maffegaro" wurden auch die Regionen von der in Fiume befindlichen Streitmacht in Mailand verhaftet.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung, Dienstag, 19. Oktober.

Präsident Voegelé eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr nachmittags. Das Haus ist nur schwach besetzt. Die Tribünen dagegen sind ziemlich gefüllt.

Der Präsident dankt vor Eintritt in die Tagesordnung der schweren Stunden, die unsere Volksgenossen in Oberösterreich während der Pause der Reichstags-Verhandlungen durchzumachen mußten und in denen sie schwer unter politischer Willkür gelitten haben. Aber sie haben treu zum deutsch in Waterloo gehalten und dieses Treue Festhalten gibt uns die Hoffnung, daß sie uns die Treue bewahren werden bis zu dem Tage, da sie wieder frei werden und wir in die Lage kommen, ihnen ihre Treue zu vergelten und Friede und Ordnung ihnen wieder zu geben. Gegen die politische Streikung, die Volksmeinung in Oberösterreich durch Fälschungen zu beeinflussen hat, die deutsche Reichsregierung bereits protestiert. Der Reichstag schließt sich diesem Protest an.

Aber die Frage der Dieselmotoren wolle er heute nicht sprechen, da der Reichstag selbst binnen kurzem Gelegenheit nehmen werde, diesen Anschlag auf ein arbeitendes Volk zurückzuweisen. Mit Genugtuung lenke er den Blick auf Ähren, das loben Zeugnis für das deutsche Volkstum und für ein noch ärmeres Staatswesen als wir es sind, abgelegt hat. Alle diese Abwimmungen im Osten und Süden bereiten doch nur den Tag vor, an dem endlich alle Hemmnisse beseitigt werden und dem ganzen Volke die Freiheitstunde schlage.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Lebedoux (U.) einen heute eingereichten Antrag über die noch heute mit auf die Tagesordnung zu setzen, in dem gegen die Ausweisung der Sowjet-Delegierten in Sowjet und Sowjet Protok erhoben und die Regierung aufgefordert wird, die Ausweisungserfügung sofort aufzuheben.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) erhebt dagegen Einspruch. Selbstverständlich ist die Wehrkraft des Hauses darüber klar, daß die Ausweisung so schnell wie möglich durchgeführt werden müsse, oder es liege, wie Lebedoux die Sache darstelle, sei sie denn doch nicht.

Präsident Voegelé: Infolge dieses Widerpruches könne der Antrag überhört nicht auf die Tagesordnung kommen, werde daher am morgen zur Beratung gelangen.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein, nämlich die

Erledigung von Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Kahl (D. Vpt.), ob die Regierung im Hinblick auf die Verordnung der Rheinlandschiffung, daß das Hissen der deutschen Flagge von einer 48 Stunden vorher erstatteten Anzeige abhängig gemacht werde, bereit ist, für das Hissen der französischen Flagge die gleichen Bedingungen anzufordern, erwidert ein Regierungskommissar: Überdies hat die Rheinlandschiffung für das Hissen jeder Flagge eine vorherige Anmeldepflicht von 48 Stunden vorgeschrieben. Da die Regierung hierin einen Einspruch in der Bestimmungen nicht sehe, habe sie die Aufhebung dieser Verordnung beantragt. Auf eine Anfrage des Abg. Wamm (Dn.) wegen des Aufstretens der russischen Sowjetpropaganda in Deutschland, während der Heimtransport unserer

Kriegsgeräten in Ausland verweigert werde, entgegen
der Regierungsmassnahme: Der Heimtransport
unser Gefangenen sei nun erleichtert und werde hoffentlich
noch vor Beginn des Winters durchgeführt sein.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Wumm wegen Zu-
lassung ausländischer Filmerezeugnisse, wäh-
rend eine Ausfuhr deutscher Filme nach Ausland durchweg
nicht gestattet werde, entgegnet ein Regierungs-
kommissar: Daß auch deutsche Filme ins Ausland gehen
und die Einfuhr ausländischer Filme nur 15 Prozent der
Ausfuhr deutscher Filme ausmachen. Es behalte sich keine
Veranlassung zur Erhöhung des Zolls.

Auf eine Anfrage des Abg. Wumm wegen der Zulassung
des nicht lahmännlich vorgebildeten Dr. Ewenshens
zum Stadtkommissar von Berlin erwidert ein
Regierungskommissar: Da die Bekräftigung
Dr. Ewenshens durch den preussischen Oberpräsidenten noch
nicht erfolgt sei, habe die Reichsregierung keinen Anlaß zu
einer Stellungnahme.

Nach der Erledigung einer Reihe kleinerer Re-
chungsarbeiten schließt das Haus zur Beratung der Ver-
teilung über die Verlagerung des Geleises über die Be-
schädigung der Schwereisenbeschädigte n.
Abg. Wumm (Dr.) bittet mit Rücksicht auf die Wichtigkeit
der Vorlage die zweite und dritte Lesung gleichzeitig zu er-
leiben.

Das Haus stimmt dem zu und nimmt die Vorlage in
allen drei Lesungen an.

Morgen (Mittwoch) nachmittags 2 Uhr Antrag
Oberhof auf Aufhebung des Ausweisungsbefehls
gegen Snowlew und Polowski und der Geführentwurf
gegen die Kapitalflucht. — Schluß
4 Uhr 30 Minuten.

Preussische Landesversammlung.

165. Sitzung, Dienstag, 19. Oktober.

In Beantwortung kleiner Anfragen teilt
die Regierung u. a. mit, es sei eine Anweisung ergangen,
so hätten zu mildern, die sich aus dem Verbot der Schlep-
penfreiheit im Stettiner Hafen ergeben haben.

Es folgt die zweite Beratung des Geleisentrans-
portüberführung der Landesherren Regale an den Staat.
Abg. Garber (Soz.) lehnt die Vorlage ab wegen der
hohen Abblösungssumme. Der Herzog von Arenberg erhält
10 Millionen.

Minister Fildes: Es handelt sich nicht um Millionen,
denn fast alles liegt in Gestalt des Notopfers und von
Steuern an das Reich und den Staat zurück. Dem Herzog
von Arenberg verbleiben hiernach von der Abblösungssumme
nur 615 000 Mark. Nach der Rechtsprechung handelt es
sich um Privatverträge, die ohne Entschädigung nicht ausgehen
werden können.

Abg. Dr. Heinke (Str.): Für meine Partei handelt es
sich um keine politische Frage, sondern um eine Rechtsfrage.
Wir haben im Ausschuss den Eindruck gewonnen, daß der
Minister bei dem Abschluß der Verträge für den Staat alles
herauszuholen versucht hat, was möglich war.

Abg. Frenzel (Dem.): Alle Welt ist sich darüber einig,
daß die Regale aufgehoben werden müssen, da es sich hier
um Privatverträge handelt. In den Wiener Verträgen von
1815 vereinbart befindet sich. Somit ist ihre Aufhebung ohne
Entschädigung nach der Rechtsprechung unmöglich. Kommt
der Gesetzentwurf jetzt zustande, dann ist zu beachten,
daß Preußen unter Umständen leer ausgeht.

Abg. Weiskel (D. N.): Ich bin dem Minister
zu und nehmen den Entwurf in der vorerwähnten Fassung
an. Der Sozialist des Bergbaus wird durch diese
Vorlage nicht vorgeriffen.

Abg. Christiani (U. S.) und Mangelhau (U. S.) sind
entschieden gegen die Entschädigung.

Abg. Dr. Kalle (D. Wp.) spricht für den Entwurf.
Einen neuen Entwurf ohne Entschädigung zu fordern
wird abgelehnt, und hierauf ist die Vorlage in zweiter
und dritter Lesung, sowie in der Gesamtabstimmung ange-
nommen.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages Graf
Frankfurt a. Main (Soz.) auf Annahme eines Gesetzes über
Strafverfahren für Dienstvergehen.

Der Antrag will alle Disziplinarverfahren wegen folcher
Dienstvergehen, die in der Zeit vom 8. November 1918 bis

9. Mai 1919 im Zusammenhang mit den Kämpfen um die
staatliche und soziale, sowie wirtschaftliche Umgestaltung be-
gangen worden sind, niederlegen.

Der Rechtsausschuß empfiehlt die Ablehnung des
Antrages.

Das Haus beschließt demgemäß.
Nächste Sitzung Mittwoch, 1. Uhr nachmittags. An-
träge betreffend Stadtkommissar Dr. Ewenshen, Nordholl-
land, zweite Lesung des Staatshaushalts.
Schluß nach 5 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Reichsverband der deutschen Presse in Köln hielt
am Montag eine Sitzung am Vorabend des Rhein-
land- und Westfälischen Reichstages in der, als
auf unbestimmtem Gebiet ab, Es wurde beschlossen, dem vor-
geleiteten Entwurf zu einem Reichsstatut grundsätzlich zu
zustimmen, aber den einzelnen Länder- und Bezirksverbände
den anheimzustellen, gewisse Fortschritte der regionalen
Behörden entsprechend zum Tarif schrittweise einzuführen.
Der Entwurf zu einem Journalisten- und Pressege-
setz wurde dem Verband Rheinland-Westfalen zur
weiteren Ausarbeitung übergeben. Es wurde ein Antrag
von Dr. Polowetz-Berlin angenommen, dahingehend, dem
Wunsche des Verbandes der Pressejournalisten und des
Reichsverbandes der deutschen Presse, eine obere und untere
Kategorie in die Klassen zu setzen, wurde mit 10 Kollegien
unter Führung von Dr. Dresemann-Rhein best. Einmütigkeit
wurde eine Entschädigung angenommen, die die Freiheit der
Presse in den besetzten Gebieten im Westen und Osten fordert
und den deutschen Kollegen in diesen Gebieten Gutz und
Sympathie ausdrückt. Im festlich geschmückten Godeberg
und Kölnwälder kam es zu erhebenden Reden und
den deutschen Gemeindeführern. Auf dem Vortersberg sang
die Veranstaltung in einer eintrachtigen Rede des Vor-
sitzenden des Reichs-Rhein Presse aus.

Die nächsten Sitzungen des Reichstages. In der
heutigen Eröffnungssitzung des Reichstages war auch der
frühere Reichsminister für Erziehung erschienen, um seiner
Wahl als Volksbeauftragter zu tun. Seine Anwesenheit im
Parlament wurde in Abgeordnetenkreisen und auf den
Tribünen viel bemerkt. Der Stellvertreter des Reichstages
hielt heute eine Sitzung ab, in der die Vertreter der rechts-
unabhängigen Sozialisten darauf hinwies, daß ihr Antrag
auf Aufhebung des Ausweisungsbefehls gegen Snowlew und
Polowski noch auf die heutige Tagesordnung gesetzt werde.
Da von deutschlandsozialistischer Seite lebhafter Widerstand dagegen
geltend gemacht werden dürfte, wird wohl die Anbringung
einer Tagung für morgen sich notwendig erweisen. Der
Donnerstag wird ein ruhiger Tag sein, da an diesem Tage
der Auswärtige Ausschuss tagt. Am Freitag ist die
Mitarbeiter des Reichs-Rhein Presse tagung der heutigen und
morgens Sitzung in D. tagt gezogen. Der Sonnabend
wird wiederum tagungslos, am Mittwoch kommen der
Wochtag wird schon das Haus die angeforderte Rede des
Reichstages schreibend aufnehmen.

Die Spaltung der U. S. B. Die „Frankf. Ztg.“
meldet aus Stuttgart: Die Unabhängigen teilen den
Ausschritt von fünf Reichstagen aus der Land-
tagung mit. Damit ist die Spaltung der Partei auch
in der württembergischen Volkswirtschaft erfolgt.

Der Reichskommissar für die besetzten schlesischen Ge-
biete teilte mit: Die Reichskommission hat eine am
20. Oktober in Kraft tretende Verordnung Nr. 50 erlassen,
wonach auf schriftlichen Erträgen der Rheinlandkommission
oder einer von ihr beauftragten Behörde der verantwortliche
Bürgermeister einer jeden im besetzten Gebiet istlich über
periodisch erscheinenden Druckschriften die amtliche Mitteilung
in sein Blatt aufzunehmen hat und zwar zu der Zeit und
in der Art, wie es in dem Ertrag angegeben wird. Der
Reichskommissar hat sich gegen den Inhalt der Verordnung
in eindringlichen Vorstellungen an die Rheinlandkommission
gewandt.

Der Reichsjugendrat der Deutschen demokratischen
Jugend wird im Dezember in Köln eine Tagung abhalten,
wahrscheinlich Samstag, 11. und Sonntag, 12. Dezember.
Der Studententag der Deutschen demokratischen Studenten
wird wahrscheinlich erst im Anschluß an den Reichsparteitag

Gegenstände des Schrankens. Er erwirbt zehn alte
Waldschilde, das Schaulpferd, einige Meltingangen, ein
Photographalbum, zwei Anführerstatuen, eine alte
Lampe, einen Lehnstuhl und als die Truhe an die Reiche
kam, meinte der Händler, es verlange sich nicht, das „Kump“
fortzutransportieren. Frau Heedrich meinte, es sei doch eine
sehr hübsche alte Truhe, und forderte sechs Mark. Der Händ-
ler bot drei Mark, man einigte sich auf 4 Mark.

Der Staat brauchte immer mehr Granatförder. Heedrichs
schaltete mit Wehemem auf die schlechten Zeiten. Das Leben
sei unerschwinglich teuer, man komme aus dem Sorgen nicht
heraus. In der Tat verschlangen Sommeraushalt,
Lohnsteuern, Leasing, Neuanforderungen viel Geld und die
Rechenungen Herrn Heedrichs mit seinem Bankier machten
ihm viel Arbeit und viele Sorgen; Kapitalkauf anliegen,
ist keine Kleinigkeit.

Als der Krieg zu Ende war, kehrte der Sohn als Leut-
nant aus dem Felde zurück. Markisch, das Zehnerchen,
wurde in die Gesellschaft eingeführt. Man kam mit der
Wohnung nicht mehr aus und so bezog man die neugewaltete
Villa auf der Promenade.

Angewidert von den Reibereien eines zermürbten Volkes
und von den Schiebungen, denen sich selbst einst große Kauf-
leute hingaben, beschloß Herr Heedrich, sich ins Privatleben
zurückzuziehen, nachdem er seine Korbs- und Kreditwaren
verkauft, die er, wie er sagte, in 25jähriger ununterbrochener
tätiger Arbeit erworben hatte, in eine Aktiengesellschaft um-
gewandelt hat.

Herr Heedrich begann nun, sich mit Kunstgegenständen
zu befassen, was nach seiner Erklärung schon von früher sein
Stedensperd gewesen war. Er verkehrte mit Kunstmalern
und Bildhauern, er erwarb Münzengammlungen und alte
Wägen, alte Töpfe und antike Möbelstücke. Nur geistliche
Leute sagten ihm nach, er nähme die Notlage der Künstler
an. Er erklärte den Künstlern zu wiederholten Malen,
nur Kunstliebde und der Wunsch, den notleidenden Menschen
zu helfen, retansalle ihn zu Erwerbungen. Wenn er alsdann
vielen von dem Erwerbungen wieder losmachte, so konnte ihm
auch nur der Reiz nachgeben, er treibe Schiebungen mit den
Kunstwerkern. Nur der Mangel an Platz zwang ihn zu diesen
Veräußerungen.

Er wußte Herrn Heedrich eines Tages auch eine alte
Truhe angeboten, die ungemein großen Kunst- und Kultus

der Deutschen demokratischen Partei, der vom 13. bis 15. Dez.
in Nürnberg stattfinden, abgehalten werden.

Der erste Schme. Im hohen Schwarzbad ist gestern
der erste Schnee gefallen.

Auslands-Rundschau.

Die Reichsregierung verlangt die Zurückziehung der
jugo-slawischen Truppen aus Albanien. Nach einer Sonder-
meldung hat die Reichsregierung den Befehl erteilt, die
jugo-slawische Regierung aufzufordern, die in Albanien
unbefuglich eingerückten Bataillone unverzüglich zurück-
zuziehen.

Die jugo-slawische Regierung gab den Truppen, die in die
Reichsgebiete eingedrungen sind, Befehl, sich unter dem
Befehl der Reichsregierung zu stellen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 20. Oktober 1920.

Das Wetter der Woche.

(Bericht der Meteorologischen Korrespondenz.)

Das heitere, freilich zeitweilig neblige und beständige
Herbstwetter, das seit dem Oloberbergen her, erlud
auch während der vergangenen acht Tage keine Veränderung.
Waren schon in der Vorwoche die Niederschläge in Mittel-
europa ganz geringfügig und geringfügig geblieben, so war
die letzte Woche völlig trocken und brachte nur morgens
und abends leichten Tau. Die Temperaturen gingen, der fort-
schreitenden Jahreszeit entsprechend, im ganzen Lande weiter
zurück; die Nachfröste im Osten und Westen hielten sich; immer-
hin entsprachen im mittleren Norddeutschland die Tempera-
turen noch dem langjährigsten Mittel, wogegen es im
Osten wärmer, im Westen wärmer als normal war.

Die Wetterlage war nach wie vor von einem sehr aus-
gedehnten und fröhlichen Gebiet hohen Luftdrucks beherrscht,
dessen Kern um die Mitte der Vorwoche vom Südbalten nach
dem Norden Europas wanderte, was im westlichen Mittel-
europa den bis dahin dort herrschenden sommerlichen Tempe-
raturen ein Ende machte. An der linken Rheinseite waren
noch in der zweiten Hälfte der Vorwoche Lufttemperatur 25 Gr.
wärmer erreicht worden; Freitag nur acht Tagen hat es
nach 23 Gr. erreicht, das C. Tags darauf wurden nur noch
19 Grad C. erreicht, die Lufttemperatur wurde aus dem
Bereich eines stetigen Südwestwindes, eifrig für Sonn-
abend früh die Nordsee bestrahlt, und bis früh Sonntag
Südbaltanien mit dem stärksten, bis dahin im Südbalten
verlängerten Kern vermischt hat. Keine Depressionen be-
standen sich im hohen Norden des Erdkreises und über der Blos-
tansee. Ein weiteres Tief über dem westlichen Mittelmeer
hatte am Ende der Vorwoche in Südbaltanien sehr erprobte,
sanfteste Niederschläge mit Tagesmengen von 50 bis
60 Millimeter zur Folge, die in den südbaltanischen Hoch-
gebieten Hochwasser bewirkten. In der Nacht zu Montag
hatte Breslau 1 Grad, in der folgenden Nacht Königsberg
1 Grad Kälte. Die Tagessumme immer noch recht hoch
Niederschlag in den Mittelgebirgen das Thermometer auch
in Ost- und Norddeutschland immer wieder auf etwa 15 Gr.
steigen; allein im Westen bis es nur auf 10 Gr. im
Tagesmaxima von 17 bis 18 Grad Wärme, Mittwoch im
Norden von 19 Grad C. erreicht. Das Maximum war im
mitteln wieder mit seinem Kern nach dem Südbalten des
Erdballs gelangt, beherrschte aber von hier aus immer noch
fast ganz Europa, und nur im hohen Norden sowie westlich
von Irland waren Depressionen verlagert, die jedoch bis zum
Ende der Woche keinen Einfluß auf die Wetterlage in
Deutschland erlangten. Voraussichtlich wird also das trockene,
beständige, teils heitere, teils neblige Herbstwetter auch
noch weiter fortbauern.

Eine Kriegserbschaft, wie sie sein soll.

Anordnung für die Mitteleuropawerks-
stelle.

Von sachkundiger Stelle wird uns geschrieben:

Anfang 1917 wurde in Halle auf Grund der Bundesan-
ordnung vom 23. Dezember 1916 die Mitteleuropawerksstelle
für Halle und den Saalkreis geordnet. 16 hiesige Textilfirmen
erklärten sich unter Führung des Herrn Dr. Weinbrenner
zur Arbeit, 10 in B. Wobben-Förde und Franz Schmidt in B.

wert haben sollte. Sie kamte aus dem Mittelalter und
nannte sich mit Recht der älteste Gefährdant. Die Kunst
verlor auf dem Dede, praktische Ornamente, zeitlich
geschickte Hand eines feinnüchigen Meisters aus dem Mittel-
alter. Seltsame Beizen und Schienen auf der Innenfläche
des Dedeles hatten einmal zur Trefflichkeit der Herren Dieb
und Wegelagerer aus dem Mittelalter gebirt. Ebenfalls
hatte die Truhe für einen großen Herrn des Mittelalters
vielleicht einen Grafen, einen Fürsten wohl gar, so eine
von Goldschmied hergestellt. Wenn es einem Dieb gelungen
war, die mit einem tüchtigen Versteher verlebene Truhe zu
öffnen, so hatte er das wertvolle Räder- und Schienenwerk
erhalten. Und dieses seltsame Gebilde hatte nach der Meinung
beherrschender Kunstforscher die Aufgabe gehabt, den
Dieben als Leuchtsperre zu erscheinen und sie von ihrem
Treiben abzuhalten zu verhindern.

Es war, wie gesagt, ein
angenehm fokiertes Kunstwerk und wenn der Kunstliebende
von Herrn Heedrich dafür nicht weniger als fünfzigtausend
Mark forderte, so war das kein übertrieben Preis.

Herr Heedrich hatte das Gutachten verschiedener große
Männer ein, und schloß sich tief das Kunstwerk seinen Ein-
zug in die Villa. Frau Heedrich sagte: „Es das nicht...
ist das nicht...? Nein, wieviel sagt Du... fünfzig-
tausend Mark? Um Gottes willen...“ „Es das nicht...“
„Ja, es war die alte Truhe. Trotzdem die alte Ladierung
verschwinden und Rest entfallen war, war es unferntem-
bar.“

Gesetzte, Kunststern, Kunstfreunde befluchteten Herrn
Heedrich, um die Truhe zu beschließen. Sie waren entzückt,
die Truhe verlorren vor dem Meisterwerk. Herr Heedrich
hatte den Preis annehmen. Das Museum war nicht instande,
die alte Truhe zu erwerben. Herr Heedrich hat die hundert-
tausend Mark, die er fast zu nehmen lassen?

So wanderte sie nach Amerika. Die herrliche, die kul-
turhistorische Truhe, der älteste Gefährdant, dieses großartige
Kunstwerk wurde Deutschland entzogen. Es war nur ein
kleiner Trost, daß die Herren Amerikaner es menialters
schwer bezahlen mußten. Einem Deutschen hätte er die Truhe
für hunderttausend Mark gegeben, für die Herr Heedrich, die
Amerikaner mußten eine Viertelmillion bezahlen.

Und die Kunststern sagten: Es verliert Deutschland
seine besten Werte.

Die alte Truhe.

Von
Martin Grundwanger.

(Nachdruck verboten.)

Familie Heedrich besaß eine Truhe, eine schwere eiserne
Truhe, schmerzlich schwer und plump, in Form einer großen
Kiste. Der Dede war mit verzierter Ornamenten geziert.
Definnte man ihn, dann sah man in der Innenwand aller-
hand geheimnisvolle Räderwerk und Schienenzeug, nach
dem niemand wußte, wozu es diente und das aus Eisen
gestertigt war und sich nicht verschieben ließ. Die alte Truhe
stand in der Schrankstube, wo sie ein kleines Dölein neben
alten Waldschöben, einem zerbrochenen Schaulpferd,
einem ehemaligen Vogelbauer und ähnlchem Kram
führte.

Frau Heedrich hatte es einige Male
versucht, mit Herrn Heedrich über die Truhe zu
sprechen. „Woher haben wir eigentlich die alte Truhe?“
„Woher? Der alte Onkel Wilhelm, du weißt doch, der schon
immer einen Sparten gehabt hat, hat sie in der Fabrik ge-
erhalten. Dumme Eselstier! Die Leute sollen sich einmal
den Kopf zerbrechen, hat er gesagt, was das Zeug im Dede
zu bedeuten hat.“ „Es sich aber auch wirklich interessant
aus, die alte Truhe, nicht?“ „Quatsch! Alter Hundst-
zu nichts out!“ Und als einmal die Sorgen zu groß waren,
daß Frau Heedrich nicht wußte, woher sie das Geld zu Be-
gleichung der Bäderrechnung nehmen sollte, meinte sie, ob
man nicht für die Truhe ein paar Mark bekomme. Wozu
Herr Heedrich erwiderte, nicht einmal umsonst könne man sie
loswerden; denn kein Mensch sei so dumm, die Transport-
kosten für das alte Eisen zu tragen.

Während des Krieges begann das Aerz und Flecht-
warengeschäft des Herrn Heedrich zu florieren. Herr Heedrich
belam vom Staat Granatförder-Aufträge und wußte so alle
Welt, voran Herr und Frau Heedrich, auf die schlechten
Zeiten kämpften, legte sie die Dame des Hauses einen Pels
zu und einen Brillenanhänger und ein goldnes Uhrenarm-
band; man kaufte kostbare Räder, teure Möbel. Eines
schönen Tages wurde beschlossen, das alte Schrankzimmer
in einen Damenklub umzuwandeln.

Es erschien ein Händler und kaufte alle undrauhbaren

